

Brauchen wir eine neue Wehrpflicht?

Ergebnisse der Publikumsfragen

1. Welche Wehrdienstregelung bevorzugen Sie? (35 von 48 haben teilgenommen)

Andere Regelung: z.B. Pflicht zum Wehr- oder zivilen Ersatzdienst (54%)

Deutsche Regelung: Freiwilliger Wehrdienst mit verpflichtender Erfassung nur für Männer (29%)

Französische Regelung: zivile Dienstpflicht mit optionaler Umsetzung beim Militär (17%)

2. Welchen Grund für eine Dienstverpflichtung finden Sie am wichtigsten? (34 von 45 haben teilgenommen)

Landesverteidigung (85%)

Internationale Verpflichtungen z.B. gegenüber der NATO (15%)

Solidarität mit Berufssoldaten (0%)

3. Sind Sie für eine Dienstverpflichtung, wenn der angestrebte Aufwuchs der Streitkräfte nicht freiwillig gelingt? (29 von 37 haben teilgenommen)

Ja (76%)

Nein (17%)

Ich weiß nicht (7%)

Parallel laufende Debatten in Deutschland und Frankreich

Mit der wachsenden Bedrohungslage in Europa rückt die Frage nach der Verteidigungsfähigkeit unserer Länder verstärkt in den Fokus. In der jüngsten Zukunftswerkstatt bestand Einigkeit darüber, dass beide Länder zusätzliche Soldat*innen benötigen. Strittig bleibt jedoch die zentrale Frage: Wie gewinnt man neue junge Menschen für den Militärdienst?

In beiden Ländern wird über Reformen diskutiert, allerdings mit unterschiedlichen Ausgangslagen. Frankreich verfügt bereits über verschiedene Formate eines nationalen Dienstes, während in Deutschland vor allem die Wiedereinführung oder Neugestaltung der Wehrpflicht Thema ist.

Motivation, Engagement und Pflicht

Stéphanie Henry stellte heraus, dass Engagement auf Motivation basieren müsse: « ... *le désir, c'est d'abord avoir envie de faire des choses pour les faire.* »

Sie ist Koordinatorin und Leiterin des internationalen Bereichs beim Crefad Loire, einem Verein der politischen und sozialen Bildung, und begleitet seit Jahren junge Menschen. Sie ist überzeugt, dass Bewusstseinsbildung der Schlüssel sei, um freiwilliges Engagement – auch im Militär – zu fördern.

Demgegenüber argumentierte Offizier Frederik Ströhlein, das bestehende reine Freiwilligensystem reiche nicht aus, um die erforderliche Personalstärke der Bundeswehr sicherzustellen. Wehrpflichtige würden im Ernstfall wichtige Aufgaben wie den Schutz kritischer Infrastruktur übernehmen.

Gesellschaftliche Erwartungen und soziale Faktoren

Jacob Ross, Wissenschaftler bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, verwies auf den Wunsch vieler junger Menschen, sich gesellschaftlich einzubringen. Henry und Ströhlein machten jedoch darauf aufmerksam, dass soziale Herkunft ein entscheidender Faktor sei: In sozial schwächeren Milieus sowie in Familien mit Uniformtradition sei die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Engagements höher. Auch die Nähe zu Kasernen beeinflusse Rekrutierungszahlen.

Ross hob zudem hervor, dass der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich den Soldatennachwuchs erschwere. In Deutschland diskutierten junge Menschen zunehmend darüber, was Staatsbürgersein heute bedeutet.

Mitglieder des Deutsch-Französischen Jugendausschusses kritisierten, es sei ungerecht, von jungen Männern zu erwarten, ein Land zu verteidigen, das sich ihrer Ansicht nach zu wenig um sie kümmere. Ströhlein berichtete aus Süddeutschland, dass nur etwa 20 % der Jugendlichen grundsätzlich gegen jede Form der Wehrpflicht seien; eine Mehrheit sei jedoch frustriert und unentschlossen. Hier bestehe ein großer Bedarf an klarer politischer Kommunikation.

Wehrgerechtigkeit und französische Erfahrungen

Der Begriff der *Wehrgerechtigkeit* bleibt umstritten: Das Bundesverfassungsgericht sah diese sogar dann als gegeben an, als nur noch 20 % eines Jahrgangs eingezogen wurden.

Henry kritisierte abschließend den inzwischen ausgelaufenen *Service national universel* in Frankreich. Unklar sei gewesen, ob er der staatsbürgerlichen Bildung oder der militärischen Vorbereitung dienen sollte. Auch der Musterungstag sei nicht ausreichend partizipativ gewesen und habe insbesondere weniger gebildete Jugendliche benachteiligt. Eine Reform ist bereits angekündigt. Insgesamt besteht – in Deutschland wie auch in Frankreich - großer Bedarf an klarer politischer Kommunikation und neuen Formen der Teilhabe.